

Archiv (1996-1997)

Als Begriff wird die Bewusstseinsseele von den Anthroposophen gerne gebraucht, als Seeleneigenschaft sogar in Anspruch genommen, doch wir befürchten, eher missbraucht und missverstanden. Die Bewusstseinsseele hat nichts zu tun mit Reden oder Meditieren über geistige Verhältnisse, sondern beinhaltet viel eher ein Bewältigen des alltäglichen Lebens und ein Vertiefen in die kulturpolitischen Verhältnisse mittels eines sich fortwährend (anthroposophisch) erweiternden Bewusstseins. Wir möchten diese Ansicht nachfolgend vorsichtig und lediglich provisorisch definieren.

Die Bewusstseinsseele kann durch ein sich (in vielerlei Hinsicht und vorurteilsfrei) erweiterndes Bewusstsein erarbeitet werden, wozu Anschauungsübungen geeignet sind. Die Geisteswissenschaft bietet uns dabei den Schlüssel zu einem (okkult-psychologischen) Verständnis sozialer, kultureller, historischer und politischer Probleme, mit denen die Menschheit seit einigen Jahrhunderten und vor allem seit dem letzten konfrontiert ist.

Verhindert wird eine so geartete Bewusstseinsenerweiterung durch die Ideologisierung dieser Verhältnisse mittels des stetig wachsenden Einflusses der Massenmedien und deren „Predigern“. Man hält uns gefangen in illusionär-verlogenen Idealen wie Demokratie¹, Humanismus, Menschenrechte², die oftmals durch Waffengewalt und andere menschen- und kulturvernichtende Massnahmen durchgesetzt werden. Dadurch bleiben wir von einer Bewusstseinsseelenentwicklung meilenweit entfernt.

Das „Geheimnis“ der Bewusstseinsseele besteht in dem Umstand, dass sie nur durch Erkenntnisschmerzen ausgebildet werden kann, Schmerzen, die vornehmlich durch den „Verlust“ der vermeintlich eigenen, tatsächlich aber annektierten falschen Ideale und Ideen entstehen! Je tiefer diese sich in unser Bewusstsein und Unterbewusstsein abgesenkt haben, um so stärker wird der „Entbindungsschmerz“ sein. Solcherart falsche Ideen, deren Eigenart wir nicht erkennen (wollen oder können) und dadurch auch nicht ohne weiteres aus uns wieder herausarbeiten können, verketteten uns in dem Empfindungs- und Verstandesseelenbereich. Nur durch ein mit neuen Erkenntnissen verbundenes Herausarbeiten illusionärer Ideen kann unser Unterscheidungsvermögen wachsen und die für einen wachen Zeitgenossen adäquate Seelenhaltung (die Bewusstseinsseele) heranreifen. Die Überwindung solcher bis in den Ätherleib eingedrungener Illusionen schmerzen zwar die Seele (mit Auswirkungen bis auf den physischen Organismus), doch sie führen uns zum Erkennen realer Fakten und Phänomene – sofern wir unvoreingenommen und unabhängig von (den) Sympathie und Antipathie (-gefühlen unserer Verstandesseele) auf sie blicken können –, welche uns auch jeden Tag meist unscheinbar zwischen den gross aufgemachten Irreführungen in den Medien „an der Nase vorbei geführt“ werden. Dadurch helfen wir mit, die weltweiten, vor allem die Mitte bedrohenden Kulturlügen, als eine unserer vordringlichsten Aufgaben gemäss Rudolf Steiner, aufzuweichen.

Als (Übungs-) Beispiele führen wir hier einige kaum zehn Jahre alte Meldungen an, die, wenn überhaupt je angekommen, unserem Alltagsbewusstsein wohl meist wieder entfallen sind, und zwar vor allem deshalb, weil wir (im Normfall) nur dasjenige politisch „erinnern“, was uns täglich erneut vorgekauft wird. Im Prinzip werden uns die besonders wichtigen „Glaubensinhalte“ täglich in Erinnerung gerufen. Sie sollen uns den Blick auf die entscheidenden Wahrheiten trüben, die, wie gesagt, klein und unauffällig „wie Nadeln im Heu“ im (Zeitungs-) Blätterwald erscheinen.

Im werdenden Orwellschen Super-Wirtschaftssklaven-Staat wird der Mensch mit derartigen pädagogischen Mechanismen auf dem Empfindungs- oder Verstandesseelenniveau verankert, wobei dadurch selbst diese „vererbten“ Seelenhaltungen zwangsläufig noch degradieren.³ Es ist dies die psychisch-okkulte Signatur der unzeitgemässen Geistmächte, die als irdische Instrumente über Legionen von „Mitarbeitern“ in den Führungsschichten der zivilisatorischen Einrichtung verfügen, die üblicherweise gleichzeitig Mitglieder obskurer („Brüderlicher“) Einrichtungen (halb-öffentlich bis völlig verborgen) sind. Dagegen kann allein ein (wirklich) autonomes Urteilsvermögen, Unvoreingenommenheit in der Meinungsbildung und Erkenntnismut helfen.

Flucht amerikanischer Agenten aus dem Irak

Die militärische Aktion des irakischen Präsidenten Saddam Hussein gegen die Kurden scheint nicht nur militärisch

¹ Rudolf Steiner hat ausführlich beschrieben, wie mit dem Begriff Demokratie die Menschen eingelullt werden, wie diese das Machtmittel für geheime Drahtzieher bildet (z.B. GA 24, S. 349ff).

² Menschenrechtskonventionen beinhalten u.a. auch Vorschriften, wonach Kriminelle (z.B. Drogenhändler) bis zu ihren Prozessen nicht in Untersuchungshaft gehalten werden dürfen. Oftmals müssen sie schon am nächsten Tag wieder auf freien Fuss, d.h. auf ihre Kundschaft losgelassen werden.

³ So führt bekanntlich die Veredelung, Umwandlung der Empfindungsseele zu der höchsten Einweihungsstufe, der Initiation. Sie kann aber durchaus auch degradieren, ein Umstand der täglich Material für die letzten Seiten der Zeitungen liefert.

recht erfolgreich verlaufen zu sein, sondern hat allem Anschein nach auch eine amerikanische Geheimdienstaktion zum Sturz des irakischen Diktators vorzeitig beendet. Wie die «New York Times» am Wochenende unter Berufung auf hohe Beamte in Washington meldete, konnten die wenigen amerikanischen Agenten, die sich im Krisengebiet aufgehalten hatten, die Region in der vergangenen Woche gerade noch rechtzeitig verlassen und sich in die Türkei absetzen. Sie lassen ein ziemlich löchriges Netz von irakischen Oppositionellen und Kurden zurück, von denen nach Angaben der «Washington Post» vom Sonntag vermutlich ungefähr hundert hingerichtet wurden.

Bei den Hingerichteten soll es sich um Mitglieder des Irakischen Nationalkongresses gehandelt haben, einer Organisation, die von Washington im Jahre 1992 als Alternative zum Regime Saddams aufgebaut und finanziert wurde. Laut Angaben von Beamten des Kongresses in Suleimaniye, in Washington und in London wurden mehr als hundert Mitglieder des Kongresses von der irakischen Geheimpolizei am 31. August [1996] in der Nähe der Stadt Qushtapa gefangengenommen und später hingerichtet. Hunderte von weiteren Verdächtigen sollen von irakischen Agenten gefangengenommen und in Gefängnisse in Kirkuk und Mosul gebracht worden sein. Über ihr Schicksal ist nichts bekannt, doch amerikanische Beamte sagten gegenüber der «Washington Post», sie zweifelten nicht daran, dass viele von ihnen ebenfalls umgebracht worden seien. Präsident Clinton hatte im Januar laut Angaben der «New York Times» in einem geheimen Dekret die Central Intelligence Agency (CIA) angewiesen, die irakischen Oppositionsgruppen, welche auf den Sturz Saddams hinarbeiteten, mit Waffen und Ausrüstung zu versehen und auszubilden. Amerikanische Versuche, den Diktator auf diese Weise zu stürzen, gibt es laut der «New York Times» seit 1992, doch ist ihr Umfang vergleichsweise gering: Der CIA standen in diesem Jahr nur rund 20 Millionen Dollar zur Verfügung – recht wenig, verglichen mit den bis zu 700 Millionen Dollar, welche in den achtziger Jahren pro Jahr dem afghanischen Widerstand [den Taliban!] zufließen.

Die Aktionen der CIA scheinen auch nicht sonderlich erfolgreich gewesen zu sein. Zunächst wurde primär der Irakische Nationalkongress unterstützt, der nach dem Szenario Washingtons die zahlreichen kurdischen Fraktionen sowie andere ethnische und religiöse Oppositionsgruppen im Nordirak hätte vereinigen und so zu einer Art Exilregierung auf irakischem Territorium werden sollen. Innerer Zwist schwächte die Gruppe, und Anfang 1996 entschied die CIA, einen Teil ihrer Gelder der Irakischen Nationalvereinigung zu überantworten, einer 1990 [!] gegründeten, von der jordanischen Hauptstadt Amman aus operierenden Oppositionsgruppe. Zum Leidwesen der Amerikaner blieben die beiden Gruppen nicht nur relativ harmlos, sondern teilten Neugierigen auch recht freimütig mit, wer sie unterstützte (NZZ, 9. September 1996, Nr. 209, S. 2).

Konvertit in Kuwait verurteilt

In Kuwait ist ein Geschäftsmann wegen seines Übertritts zum Christentum von einem islamischen Gericht zum Tod verurteilt worden. Ein britischer Rechtsanwalt, der sich für den Kuwaiter einsetzt, erklärte, das Urteil habe den früheren Muslim in den Untergrund getrieben (NZZ, 9. Juli 1996, Nr. 157, S. 5).

Das Gift kam aus den eigenen Reihen

Nicht Saddams chemische oder biologische Waffen sind für das rätselhafte Golfkriegssyndrom verantwortlich, an dem Tausende britischer und amerikanischer Soldaten leiden. Die Ursache sind vielmehr Pestizide. Dies hat jetzt Nicholas Soames, Staatsminister im britischen Verteidigungsministerium, in einer schriftlichen Erklärung eingestanden.

Soames gab am Wochenende zu, dass er Öffentlichkeit und Parlament in der Vergangenheit falsch informiert habe. Insgesamt seien vier verschiedene Organo-Phosphat-Pestizide (OPs) verwendet worden. Während des Golfkrieges wurden diese hochgiftigen Schädlingsbekämpfungsmittel zum Teil von Flugzeugen aus auf die Zeltstädte britischer Einheiten gesprüht, um die Soldaten gegen Moskitos und Sumpffliegen zu schützen. Mit verheerenden Folgen: Gesunde junge Männer verwandelten sich binnen Wochen in physisch und psychisch schwer Kranke, kaum noch fähig zu gehen. Zu Beginn ähnelten die Symptome denen einer starken Grippe, die Benommenheit, Kopf- und Gliederschmerzen auslöst. Dann verstärkten sich die Beschwerden: stechendes Kopfweh, Lähmungserscheinungen und schwere Depressionen, gepaart mit Wutanfällen.

Über 1000 britische Golfkriegsveteranen leiden noch heute [nach 5 Jahren] an diesen Symptomen. Etwa 1000 sind seit der Rückkehr aus dem Golfkrieg gestorben, 136 von ihnen haben Selbstmord begangen.

Wie das amerikanische hatte auch das britische Verteidigungsministerium das sogenannte Golfkriegssyndrom als Einbildung oder allenfalls psychische Störung abgetan. Die Forderung der Golfkriegsveteranen nach Schadenersatz lehnte man kategorisch ab. Nun bröckelt dieser Widerstand. Medizinische Untersuchungen von Veteranen zeigten erste physische Beweise, dass das Syndrom existiert. Nach dem Eingeständnis des britischen Ministers haben die Schadenersatzklagen

gute Aussicht auf Erfolg.

Zugleich dürfte man jetzt die Organo-Phosphat-Pestizide kritisch unter die Lupe nehmen. In Grossbritannien tun sich staatliche Instanzen auffallend schwer, die gefährlichen Nebenwirkungen dieser hochwirksamen Chemikalien einzuräumen. An die 500 Farmer und Landarbeiter in Grossbritannien leiden unter Lähmungserscheinungen, stechenden Kopfschmerzen und schweren Depressionen. Die Ähnlichkeit mit den Beschwerden der Golfkriegsveteranen ist frappant. Laut Gesetz mussten seit Mitte der achtziger Jahre Schafe einmal im Jahr in Pestizidbäder aus OPs getaucht werden. Das Landwirtschaftsministerium in London bestritt über Jahre jeglichen Zusammenhang zwischen der Krankheitswelle bei den Bauern und dem Einsatz von OPs. Erst kürzlich wich die britische Regierung von dieser unhaltbaren Position ab.

Der Verdacht will nicht verstummen, dass Organo-Phosphate womöglich auch eine wichtige Rolle bei der Entstehung von BSE spielen. Vor allem in Grossbritannien, aber auch in Teilen der Schweiz und in Irland – den Ländern also mit originären BSE-Fällen – kamen Organo-Phosphate zum Einsatz, um die Dasselfliege zu bekämpfen. Nur in Grossbritannien war den Farmern die Verwendung von OPs gesetzlich vorgeschrieben. Die Wende beim Golfkriegssyndrom macht eine Klärung der Wirkung von OPs noch dringlicher. In Kürze beginnen in London Tests über den Zusammenhang von BSE und Organo-Phosphaten (*Sonntags-Zeitung*, 6. Oktober 1996, S. 19).

Über Frustration und Glaubwürdigkeit in Den Haag

Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) brachte am 20./21. Juli 1996 (Nr. 167) auf Seite 6 ein Gespräch mit dem Chefankläger des UNO-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag. Wir bringen daraus einige Fragmente, die ein Urphänomen der (anglo-amerikanischen) Welt-Politik offenbaren:

„Die eine Lektion, die die internationale Gemeinschaft aus diesen Vorgängen lernen kann, ist, dass solche Taten überall stattfinden können, wenn die Propaganda und die wirtschaftlichen und politischen Umstände dies nahelegen. Diese Lektion aus den neunziger Jahren, wo zwei Gerichte Völkermord in Europa beziehungsweise Afrika untersuchen, ist noch nicht genügend gelernt worden...“

„...Rwanda ist ein gutes Beispiel. Dort sitzen über 60 000 Menschen im Gefängnis – und zwar die in niedrigen Rängen, die hochrangigen Verbrecher sind fast alle geflohen...“

Appelle gegen das Vergessen

Mit eindringlichen Appellen gegen das Vergessen haben Politiker und Experten aus 45 Ländern, darunter der Schweiz, gestern in Stockholm das Internationale Holocaust-Forum eröffnet. Vor etwa 400 Teilnehmern rief der Ehrenvorsitzende des Forums, Elie Wiesel, dazu auf, die Erinnerung an den Holocaust wach zu halten. Warum hat, bis auf einige wenige, niemand den Juden geholfen – weder die Alliierten noch die Neutralen wie die Schweiz und Schweden, fragte der Friedensnobelpreisträger.

Wiesel regte in diesem Sinne an, jährlich ein Forum über den Holocaust in Stockholm abzuhalten – eine Idee, die der Gastgeber, der schwedische Ministerpräsident Göran Persson, aufnahm. Die schwedischen Behörden hätten sich im Zusammenhang mit dem Holocaust schwere Fehler zuschulden kommen lassen. Die schwedische Regierung bedaure zutiefst, dass man dieses feststellen müsse, erklärte Persson.

Nach den Worten von Israels Ministerpräsident Ehud Barak ist die Gründung des Staates Israel die historische Antwort auf den Holocaust. Das jüdische Volk werde nie mehr heim- und wehrlos sein.

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder rief dazu auf, bei der Holocaust-Erziehung künftige Generationen nicht nur über das Nazi-Terrorssystem zu informieren, sondern ihnen auch positive Beispiele von Widerstand gegen die Barbarei zu vermitteln.

Die Leiterin der Schweizer Delegation, Bundesrätin Ruth Dreifuss, wird heute im Plenum die bereits geleistete Vergangenheits-Aufarbeitung vorstellen. Andererseits wollen die Schweizer auch ihre laufenden Projekte auf dem Gebiet Holocaust-Erziehung und Rassismus-Prävention aufzeigen.

Wiesel hatte zuvor erklärt, die Schweiz habe in letzter Zeit ernsthafte Schritte zur Aufarbeitung ihrer Weltkriegsvergangenheit unternommen. Vor allem unter dem Einfluss der moralischen Autorität von Bundesrätin Dreifuss habe sich die Haltung der Schweiz zum besseren gewendet (*BZ*, 27. Januar 2000, S. 2).

Dreifuss stellt klar

...Bundesrätin Ruth Dreifuss hat Stellung zur Person ihres Vaters Sidney im Zweiten Weltkrieg genommen. Ihr Vater, ein Flüchtlingshelfer, habe den St. Galler-Polizeikommandanten Paul Grüninger nicht denunziert, sondern geschützt,

sagte Dreifuss in einem Interview des *Tages-Anzeigers* vom 15.3.1997 ... Die Behauptung von Nationalrat [inzwischen selber Bundesrat] Christoph Blocher, Dreifuss habe Grüninger denunziert,⁴ wies die Bundesrätin von sich. Zur Aussage, damals seien auch Schweizer Juden für eine restriktive Aufnahmepolitik gewesen, erinnerte Dreifuss, dass die jüdischen Gemeinden überfordert gewesen seien, weil man ihnen die ganze Last der Fürsorge für die Flüchtlinge aufgebürdet habe. Aus dieser Ohnmacht hätten sich manche Juden gegen die Aufnahme weiterer [jüdischer] Flüchtlinge ausgesprochen (*Basler Zeitung*, 17. März 1997, Nr. 64, S. 7).

Clinton will sich noch nicht für die Sklaverei entschuldigen

Präsident Clinton will sich vorerst nicht im Namen der amerikanischen Nation für die Sklaverei entschuldigen. Wie der Sprecher des Weissen Hauses, Mike McCurry, am Dienstag in Washington mitteilte, habe Clinton diese Entscheidung bereits kurz nach seiner Rede über das Zusammenleben verschiedener Rassen am 14. Juni getroffen. Der Präsident traf am gleichen Tag mit Führern von afro-amerikanischen Organisationen zusammen. Dabei sprach sich der frühere schwarze Politiker Jesse Jackson für eine Entschuldigung aus. Dies allein genüge jedoch nicht. Nötig seien auch Wiedergutmachungen, sagte Jackson in Washington (*NZZ*, 7. August 1997, Nr. 180, S. 3).

Klage gegen die USA wegen Internierungen im Weltkrieg

Die amerikanische Regierung soll über 2000 Personen japanischer Herkunft finanziell entschädigen, die im Zweiten Weltkrieg aus 13 lateinamerikanischen Ländern in die Vereinigten Staaten deportiert und in Internierungslagern festgehalten worden waren. Washington müsse sich ausserdem für das diesen Personen zugefügte Unrecht entschuldigen, heisst es in einer Sammelklage, die am Mittwoch bei einem Bundesgericht in Los Angeles eingereicht wurde. In der Klage, die von der American Civil Liberties Union und japanisch-amerikanischen Gruppen gestützt wird, werden die USA beschuldigt, «Drahtzieher» der Massendeportation gewesen zu sein (*NZZ*, 30. August 1996, Nr. 201, S. 3).

Aufsehen wegen rassistisch begründeter Sterilisierungen in Schweden

Eine schwedische Tageszeitung hat mit einer Artikelserie über eine Sterilisierungskampagne, welche Stockholm von den 30er bis in die 60er Jahre betrieb, grosses Aufsehen erregt. Allerdings sind die präsentierten Fakten keineswegs neu; vor sechs Jahren war die unselige Affäre bereits in einer Boulevardzeitung zur Sprache gekommen. Damals hatte man die Geschichte jedoch totgeschwiegen.

Die Zwangssterilisierung von «genetisch minderwertigen» Personen war offenbar nicht nur eine Spezialität der Nationalsozialisten in Deutschland; auch in Skandinavien, dem vielgepriesenen Hort der Humanität, und in anderen Ländern scheint diese Art von behördlichem Eingriff in die Physis eines Individuums während vieler Jahrzehnte gang und gäbe gewesen zu sein. Zwischen 1935 und dem Ende der sechziger Jahre sollen in Schweden nicht weniger als 60 000 Personen, vornehmlich Frauen, unter mehr oder weniger repressiven Bedingungen ihrer Fortpflanzungsfähigkeit beraubt worden sein. ...

Sozialdemokratischer Sündenfall

Das Irritierende an den Berichten dürfte sein, dass sie am Bild des putzigen «Volksheims», dieses von den Schweden so sorgfältig kultivierten Mythos eines allumfassenden Sozialstaates, einige erschreckende Retuschen anbringen. Besonders aufsehenerregend ist die ... verfochtene These, dass die sozialdemokratischen Begründer des «schwedischen Modells» sich vom Ideal einer «reinrassigen» Gesellschaft leiten liessen. Schweden habe das Glück, über eine «unversehrte Rasse» mit «guten Eigenschaften» zu verfügen, hielt ein sozialdemokratischer Politiker in den zwanziger Jahren fest, als es darum ging, in Uppsala – auf Betreiben der Arbeiterpartei hin – ein Institut für «Rassenbiologie» ins Leben zu rufen. Diese ominöse Akademie, 1921 aus der Taufe gehoben und erst 1958 still und heimlich liquidiert, lieferte den Sozialdemokraten in den 20er und 30er Jahren das «wissenschaftliche» Fundament, das sie benötigten, um ihre Vision einer gerechten und genetisch gesäuberten Gesellschaft politisch zu verwirklichen. Gestützt auf die Erkenntnisse der «Rassenhygieniker», verfasste die regierende Arbeiterpartei ein «Sterilisationsgesetz», das 1935 vom Reichstag einmütig angenommen wurde und inskünftig der Vermehrung «minderwertiger» Individuen einen Riegel schieben sollte.

Von diesem Gesetz wurde in der Folge reger Gebrauch gemacht. Ihren Höhepunkt erreichte die Sterilisationskampagne indessen erst nach dem Zweiten Weltkrieg: 1948 wurde nach Angaben von «Dagens Nyheter» mit insgesamt 2264 Ein-

⁴ Der Schweizer Polizeileutnant Paul Ernst Grüninger aus St. Gallen wurde 1939, nachdem er denunziert worden war, fristlos vom Dienst entlassen, da er Juden zur illegalen Einreise in die Schweiz verholfen hatte. 1995 [!] wurde der 1891 geborene und 1972 verstorbene Schweizer rehabilitiert. Von Christoph Blocher wurde behauptet, dass der Vater der jüdischen Bundesrätin Ruth Dreifuss, Sidney Dreifuss, derjenige war, der Grüninger denunziert hatte. Zu diesem Vorwurf nimmt die damalige Bundesrätin hier Stellung.

griffen eine Rekordzahl registriert. Betroffen waren in erster Linie junge Frauen, bei denen man «Stumpfsinnigkeit» diagnostiziert hatte und die schon frühzeitig in Sonderschulen untergebracht worden waren. Das Anschwellen der Sterilisationsfälle zu dieser Zeit war kein Zufall; Schweden machte sich nach 1945 daran, den Wohlfahrtsstaat im grossen Stil auszubauen, und der Frage nach der finanziellen Tragbarkeit des Projekts kam grosses Gewicht zu. Schon bald war klar, dass die Zahl der Empfänger sozialer Beiträge nicht nach Belieben ausufern durfte. Unter anderem musste man deshalb darum bemüht sein, dass möglichst wenig «schwachsinnige» Kinder das Licht der Welt überhaupt erblickten. Die Sterilisation «gefährdeter» Mütter stellte mithin eine naheliegende Handhabe dar.

Diese kruden sozialpolitischen Rezepte, deren verblüffende Ähnlichkeit mit nationalsozialistischen Methoden nicht zu übersehen ist, wurden nicht etwa in der Abgeschiedenheit irgendwelcher Regierungsbüros ausgeheckt, sondern – für alle hörbar – in den Plenarsitzungen des schwedischen Reichstags offen diskutiert.

Nordische Spielarten

Eine nordische Nuance der Sterilisationspolitik bestand darin, dass man mit dem Instrument nicht nur – wie in Deutschland – genetische «Fehlentwicklungen» unterbinden wollte, sondern auch «unsoziale Verhaltensweisen» einzudämmen suchte. So wurden beispielsweise Alkoholismus oder «Vagabundentum» als vererbare soziale Schäden eingestuft, denen man mit einem Blockieren der Fortpflanzungsmöglichkeit begegnen wollte. Im Unterschied zu Nazi-Deutschland wurde das Sterilisationsgesetz im Norden überdies auch nicht unter Zwang implementiert, sondern beruhte auf Freiwilligkeit; die betroffenen Individuen hatten dem Eingriff formell zuzustimmen. Die Aussagen heute noch lebender Opfer dieser Kampagne, die derzeit in den Medien ausgiebig zu Wort kommen, lassen indessen erkennen, dass der von den Behörden damals ausgeübte Druck übermächtig gewesen sein muss; die Drohung mit dem Entzug sozialer oder medizinischer Unterstützung war in den meisten Fällen genug, um die Einwilligung der jungen Frauen sicherzustellen. Das dabei zur Anwendung gebrachte Sterilisationsgesetz wurde erst 1976 abgeschafft.

Wie «Dagens Nyheter» weiter zu entnehmen ist, war Schweden innerhalb der nordischen Hemisphäre nicht das einzige Land, das sich einer «rassenhygienischen» Politik verschrieben hatte; auch in Dänemark und Norwegen wurden in den dreissiger Jahren ähnliche Kampagnen lanciert. Allerdings haben in den Nachbarländern die Sterilisationsfälle nicht jene Spitzenwerte erreicht, die man in Schweden verzeichnet hat.

Déjà vu

Die in «Dagens Nyheter» publizierten Zeitungsartikel haben zwar in der hiesigen Öffentlichkeit grosses Aufsehen erregt und zu politischen Reaktionen geführt; die darin enthaltenen Informationen sind allerdings alles andere als neu. Bereits vor sechs Jahren war die Geschichte von der Boulevardzeitung «Aftonbladet» aufgegriffen worden; im September 1991 hatte man in einem Artikel mit dem Titel «Die Fortpflanzung dieser Menschen muss begrenzt werden...» nachlesen können, wie die Schweden in den zwanziger Jahren die «Rassenhygiene» entdeckt, in den dreissiger Jahren die anrühenden Gesetze verabschiedet und daraufhin mit den Sterilisierungen begonnen hatten. Der schwedischen Öffentlichkeit muss dieser mehrseitige Artikel völlig entgangen sein. Möglich ist auch, dass das Publikum – auf einem Auge blind – vor sechs Jahren noch beschlossen hatte, dass es nichts von all dem wissen wollte. Mittlerweile ist man, was die eigene Vergangenheit betrifft, offenbar etwas sensibilisiert worden. Angesichts der Nazi-Gold-Affäre, die nicht nur die Schweiz, sondern auch Schweden beschäftigt, dürfte man zum Schluss gelangt sein, dass es gefährlich sein kann, die weniger erfreulichen Teile der Geschichte unter den Teppich zu kehren.

«Alle waren Rassisten!»

Sozialministerin Margot Wallström hat am Mittwoch erklärt, dass sie eine Untersuchungskommission einberufen werde, welche Licht in die unselige Sterilisierungsaffäre bringen solle. Die Frage, ob und in welchem Umfang die damaligen Opfer finanziell entschädigt werden sollen, wird ebenfalls zu erörtern sein. Wallström bezeichnete die damals betriebene Politik als barbarisch; sie müsse allerdings im Kontext des damals herrschenden Zeitgeistes gesehen werden. Die sozialdemokratische Politikerin wehrte sich vehement gegen die von «Dagens Nyheter» vertretene These, wonach der Sterilisationsfeldzug ein Spezifikum der sozialdemokratischen Politik dargestellt habe. Alle seien damals Rassisten gewesen, erklärte sie apodiktisch, ungeachtet der historischen Evidenz, welche nahelegt, dass die Arbeiterpartei die treibende Kraft hinter dieser unmenschlichen Politik gewesen war.

Angaben zur Praxis in Österreich

In Österreich werden nach Schätzungen der Grünen immer noch rund 70 Prozent der geistig behinderten Frauen sterilisiert. Die Gesundheitssprecherin der Grünen, Theresia Haidlmayr, sagte am Mittwoch der Agentur Reuter, amtliche Zahlen gebe es nicht, weil die Eingriffe unter dem Vorwand gesundheitlicher Probleme vorgenommen und statistisch nicht erfasst würden. In Österreich ist für die Sterilisierung bis zum Alter von 19 Jahren nur die Einwilligung der Eltern

notwendig. Der Innsbrucker Pädagoge Volker Schönwiese erklärte, dass Zehntausende geistig Behinderte in Österreich nicht mehr fortpflanzungsfähig sind. Bei einer Studie des Frauenministeriums habe sich herausgestellt, dass rund 62 Prozent der Befragten sterilisiert seien, sagte Schönwiese.

Eugenik in der Schweiz

Zwangssterilisationen sind bis in die jüngere Zeit auch in der Schweiz vorgekommen. Die Eugenik, die Idee, die gesellschaftliche Entwicklung sei durch Förderung beziehungsweise Einschränkung der Fortpflanzung bestimmter Menschenkategorien positiv zu steuern, hatte einen Pionier im damaligen Leiter der psychiatrischen Klinik Burghölzli in Zürich, dem Sozialdemokraten, Pazifisten und kämpferischen Antialkoholiker August Forel. Er liess 1892 ein «hysterisches vierzehnjähriges Mädchen kastrieren», dessen Mutter und Grossmutter Kupplerinnen und Dirnen gewesen seien, weil er «der Entstehung unglücklicher Menschen vorbeugen wollte». Einem Aufsatz des Basler Arztes Alex Schwank (in: *Fünfzig Jahre danach*, vdf Zürich 1996) ist weiter zu entnehmen, dass sich die schweizerischen Irrenärzte 1905 für das Unfruchtbarmachen von Irren und für eine entsprechende rechtliche Regelung aussprachen. Nur in der Waadt wurden 1928 solche Gesetzesbestimmungen erlassen, «doch wurden an allen Kliniken Zwangssterilisationen an geistig Behinderten und psychisch Kranken durchgeführt», auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch «unter fragwürdigen Umständen», wie Schwank schreibt. In Basel seien zwischen 1960 und 1987 fünf Männer und eine Frau rechtswidrig kastriert worden. Nachdem ein Fall in der Klinik St. Urban zu einer öffentlichen Debatte geführt hatte, erliess die Akademie der Medizinischen Wissenschaften 1981 Richtlinien zur Sterilisation (*NZZ*, 28. August 1997, S. 3).

Behinderte zwangssterilisiert

Ärzte in den USA haben im 20. Jahrhundert gemäss einer Studie länger und in grösserem Ausmass als bisher vermutet Behinderte zwangssterilisiert. In der am Montag veröffentlichten Studie der Yale Universität hiess es, die Genetiker-Bewegung habe ebenso wie die Nazis in Deutschland geglaubt, die Gesellschaft durch gezielte Menschengzucht und das Aussortieren Behinderter und Krimineller verbessern zu können. Bisher hatten Wissenschaftler geglaubt, das Interesse der US-Ärzte an der Erbgesundheitslehre sei in den zwanziger Jahren verloschen (*BZ*, 16. Februar 2000, S. 28).

Im Schnitt 59 Morde täglich

In Südafrika sind im vergangenen Jahr statistisch gesehen täglich 59 Menschen ermordet und 149 vergewaltigt worden. Das geht aus der jüngsten Kriminalstatistik des Landes für den Zeitraum April 2000 bis September 2001 hervor... (*BZ*, 26. September 2002). – *Dieses Land wird* [durch das Ende der sog. Apartheidpolitik] *in Parteiensucht, Streit, Hader, Chaos und Armut getrieben* – sagte der ehemalige südafrikanische Staatspräsident P. W. Botha in einer Rede am 15.8.1985 (zit. nach: Heinz Pfeifer – *Brüder des Schattens*, 3. Aufl., 1983). Die internationale Presse rapportierte dies ebenso wenig, wie sie seither über die dortigen Zustände berichtet.